

Abriss schafft Platz für Großprojekt

Caritas baut eine neue Werkstatt für Menschen mit Behinderung im Weizauer Weg – Altes Hochhaus kommt weg

Von Karin Seidl

Pocking. Eigentlich ist ein Abriss-Sommerfest geplant gewesen. Mit Häppchen, Sekt und allem, was dazugehört. Doch Corona hat – wie in den letzten Monaten so oft – lang gefasste Pläne vernichtet. Zumindest ist der Sommer anwesend gestern im Weizauer Weg. „Bestes Abrisswetter“, meint Oliver Grob von der Töginger Firma HSP Projektmanagement zu Caritasvorstand Michael Endres. Dieser strahlt mit der Sonne um die Wette: Ist gestern doch offiziell das Projekt „Ersatzbau der Caritas-Werkstatt für Menschen mit Behinderung“ einen großen Schritt weiter gekommen.

Ganz frisch ist der Beschluss. Montagabend ist der Aufsichtsrat des Caritasverbands für die Diözese Passau zusammengesessen und hat den Ersatzbau für die Werkstatt in die nächste Planungsphase gewunken. Der Neubau sichere die Wettbewerbsfähigkeit der Werkstatt für die Zukunft, ist der einhellige Tenor, und damit auch die Arbeitsplätze für diese Menschen mit Behinderung. „Zugleich geht es auch um die dringende Modernisierung der Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung“, betont Endres. Das Hochhaus im Weizauer Weg 5, das für den Ersatzbau der Caritas-Werkstatt weichen muss, stammt aus dem Jahr 1970. „Man kann, glaube ich, sagen: Dieses Gebäude hat seinen Auftrag erfüllt, es hat seinen Dienst getan.“

Nun wird Platz geschaffen für was Neues, das künftig 290 Menschen mit Behinderung Arbeitsplätze geben wird. Die Erweiterung der Werkstatt sei nötig, weil die Kapazitäten – räumlich und auftragsmäßig – erschöpft seien. Schwerpunktartig wird der Metallbereich vergrößert und zusammengelegt, der Bestand sowie Küche, Verkehrs- und Außenanlagen werden modernisiert. Baubeginn soll im Frühjahr 2022 sein, Fertigstellung des Projekts im Jahr 2028. „Wir werden rund 15 Millionen Euro investieren, es ist ein Großprojekt der Caritas“, sagt Michael Endres.

Das nächste Großprojekt schlummert schon in den Schubladen: der „totale Neubau“ der St.-Ulrich-Schule, erklärt der Diözesan-Caritasdirektor. Allerdings



Den Grundstein des Gebäudes, das abgerissen wird, aus dem Jahr 1970 hält Carmen Fellner, Leiterin des Wohnpflgeheims, in der Hand.

Der Abrissbagger ist schon Mal vorgefahren: Das alte Hochhaus im Hintergrund ist bereits entkernt und bereit für den Abriss, der nun in den Sommerferien erfolgen soll. Auf das Bauprojekt freuen sich Caritasvorstand Michael Endres (4.v.l.), Erich Auer (von rechts, Leiter der Caritas-Werkstatt Pocking), Helmut Weber (Abteilungsleiter für die Fachbereiche Arbeiten und Werkstätten), Astrid Wegeberbauer (Abteilungsleiterin für die Fachbereiche Wohnen, heilpädagogische Tagesstätten), Heike Flammensbeck (Leiterin der St.-Ulrich-Schule) und die beiden Vertreter der Töginger Firma HSP Projektmanagement, Oliver Grob und Carmen Sartora.

– Fotos: Karin Seidl

muss bei diesem Projekt noch an den Details geschliffen werden.

Das Hochhaus, das jetzt kurz vor dem Abriss wirklich keinen Charme mehr versprüht, hat bis zum Jahr 2014 Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Behinderung in Wohngruppen ein Dach über dem Kopf gegeben. Sechs Wohngruppen zu je acht Personen sind dort untergebracht gewesen. „Die Erwachsenengruppen sind bereits 2001 ausgezogen, bei den Kindergruppen sind die

letzten 2014 ausgezogen“, sagt Carmen Fellner, die Leiterin des Caritas-Wohnpflgeheims. „Unsere jüngsten Schützlinge sind fünf bis sechs Jahre alt“, erzählt sie. Die Kinder mit Behinderung leben hier, werden Tag und Nacht gut betreut. „Wenn man die Einzelschicksale kennt, ist man einerseits ziemlich betroffen. Andererseits bin ich dann aber auch wieder sehr froh, dass es uns als Einrichtung gibt“, sagt sie. Denn die Caritas biete Kindern, Jugend-

lichen und Erwachsenen mit Behinderung die nötigen Strukturen, damit sie doch behütet aufwachsen und leben können. Viele Eltern, oft Alleinerziehende, seien mit der Pflege eines Kindes mit Behinderung überfordert. „Kommt dann ein zweites Kind, wird es noch belastender. Ich ziehe vor jedem Vater oder jeder Mutter den Hut, die oder der dann die Größe hat und uns um Hilfe bittet.“ Denn die Caritas ermöglicht den Heranwachsenden mit

Behinderung, dass auch sie eine unbeschwertere Kindheit erleben dürften, weil eben nicht in der Mitte des Monats plötzlich der Strom abgedreht ist, es wieder mittags kein warmes Essen gibt oder sie gar kein Frühstück hatten.

Im Erdgeschoss des Hochhauses war auch die Heilpädagogische Tagesstätte der St. Ulrich-Schule untergebracht. Für diese ist vorübergehend eine Container-Lösung gefunden worden.

NACHRICHTEN

Pläne für Kindergarten an der Zeller Straße im Stadtrat

Pocking. Für den Kindergarten an der Zeller Straße werden in den Stadtratssitzung am heutigen Mittwochabend die Pläne vorgestellt. Außerdem wird die Planungstextur zur Ortsumgehung Pocking präsentiert. Für den Bebauungsplan „Wohnanlage Weizauer Weg II“ wird der Satzungsbeschluss diskutiert. Seniorenbeauftragte Gerlinde Kaupa stellt den Antrag, Taxifahrten von Senioren im Stadtgebiet finanziell zu unterstützen, um die Mobilität im Alter zu fördern. Weiterer Tagesordnungspunkt ist die Umsetzung der Projektidee „Pumptrack“, eine asphaltierte BMX-Bahn. Zudem bekommen die Stadträte Informationen zur Neubenennung des Stadtteils „Steindorf“. Letzter Punkt im öffentlichen Teil der Sitzung ist ein Antrag der CSU-Fraktion auf Verfassung eines Grundsatzbeschlusses „Pro Campus Pocking“. Die Sitzung beginnt um 18 Uhr und findet Corona-bedingt in der Stadthalle statt. – red

Pocking ☎ 08531/9029-0
Redaktion:
E-Mail: red.pocking@pnp.de
Geschäftsstelle:
E-Mail: gst.pocking@vgp.de

Ja zu Solaranlagen, nein zu Windrädern

Gemeinderat Malching fasst Grundsatzbeschlüsse – Photovoltaik-Areale in Flächennutzungsplan einarbeiten

Malching. Mit Blick auf die Energiewende stehen die Kommunen in der Verantwortung, die Nutzung erneuerbarer Energien zu forcieren und voranzutreiben. In der jüngsten Sitzung des Gemeinderats standen diesbezüglich gleich zwei Grundsatzbeschlüsse an: über die Zulässigkeit von Windkraftenergieanlagen und von Freiflächen-Photovoltaikanlagen. Es wurde kontrovers diskutiert. Am Ende fielen zwei unterschiedliche Mehrheitsbeschlüsse. Ein Ja gab es für Solaranlagen, verneint wurde Zulässigkeit von Windrädern.

Erst vor wenigen Wochen waren im Gemeinderat mögliche Flächen für die Errichtung von Windkraftenergieanlagen vorgestellt worden. Dabei wurde deutlich, dass es im Malchinger Gemeindegebiet nur wenig Potenzial gibt, der allergrößte Teil ist als „sensible Fläche gekennzeichnet“.

Franz Zeindl meinte in der jüngsten Sitzung, wenn ein Windrad in einer Entfernung von zwei Kilometern aufgestellt

werde, sei ihm das „persönlich wurscht“. Andreas Entholzer sagte, dass er grundsätzlich für alternative Energien sei. 3. Bürgermeister Mario Hausberger hielt im Fall der Windräder dagegen. Er könnte sich ein „optisch grässliches“ Windrad nicht auf Malchinger Boden vorstellen. Und auch 2. Bürgermeister Josef Ortner bekundete, dass es „für Windräder bessere Standorte als unser Dorf gibt“. Als Bürgermeister Georg Hofer abstimmen ließ, gab es nur drei Stimmen pro Windkraftenergieanlagen. Damit sind diese grundsätzlich unzulässig im Gemeindegebiet.

Anders sieht es bei den Freiflächen-Photovoltaikanlagen aus. Hier gab es ein 10:2-Votum dafür. Wie Bürgermeister Georg Hofer gleich zu Beginn der Aussprache im Gemeinderat wissen ließ, gilt der Beschluss für die nächsten sechs Jahre. Bei der Diskussion wurde deutlich, dass die Solaranlagen nicht überall erwünscht sind. Franz Zeindl sprach „das hässliche Beispiel auf der Freifläche Rich-



Wirklich passende Flächen für Windkraftanlagen gibt es in der Gemeinde Malching nur wenige. – Foto: PNP Archiv

ting an. Solche optisch unschönen Anlagen („wo sich beim Radfahren auch noch alles spiegelt“) müssen verhindert werden. Andreas Entholzer war der gleichen Ansicht. „Da muss eine saubere Prüfung her, wenn einer was vorlegt“, forderte er. Grundsätzlich stehe er der Sonnenenergie positiv gegenüber, ergänzte Enthol-

ner. Karl Sanladerer meinte, gegen Solaranlagen entlang der Autobahn sei nichts einzuwenden. Georg Friedl warnte vor Ungleichbehandlungen. Man müsse aufpassen, „dass dem einen was genehmigt wird und dem anderen nicht“.

In weiteren Wortäußerungen wurde nicht nur die Sorge der Ungleichbehandlung laut, son-

dern auch zu bedenken gegeben, dass die Pachtpreise steigen könnten. Mario Hausberger und Georg Hofer befanden, dass die Areale der Kiesgruben für Freiflächen-Photovoltaikanlagen prädestiniert seien.

Schließlich schlug der Bürgermeister vor, im Flächennutzungsplan geeignete Gebiete für Solarparks auszuweisen. Dieser Plan sei gerade im Werden. Simon Cernota vom gemeindlichen Bauamt erklärte, dass der Flächennutzungsplan kein Baurecht schaffe, dafür müsse ein Bebauungsplan her. Doch darum ging es den Gemeinderäten letztendlich nicht. Man einigte sich darauf, den Beschluss mit einem Zusatz zu fassen. So soll das Planungsbüro beauftragt werden, mögliche Flächen für Solaranlagen auszuweisen.

Für den Grundsatzbeschluss pro Freiflächenanlagen ist im Sitzungsprotokoll vermerkt: „Entsprechend konkrete Vorhaben werden zukünftig im Gremium behandelt und über deren Zulässigkeit Beschluss gefasst.“ – car